

Entschieden für Frieden



forumZFD



Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft?

Dokumentation der Online-Themenwoche vom 13. bis 20. November 2020

Einleitung

Fast zehn Jahre Krieg und kein Ende in Sicht: Im Jahr 2020 ist Syrien von einem dauerhaften Frieden weit entfernt. Die Gewalt dauert an, die humanitäre Lage in vielen Teilen des Landes ist katastrophal und das Assad-Regime zeigt keine Bereitschaft zu demokratischen Reformen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks sind seit 2011 etwa 6,6 Millionen Menschen ins Ausland geflohen. Deutschland hat rund 790.000 Schutzsuchende aufgenommen. Sie können auf absehbare Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Aber aus dem Exil heraus engagieren sie sich für vielfältige Themen: Syrische Aktivist*innen in Deutschland haben Hilfsorganisationen gegründet, engagieren sich politisch und in sozialen Projekten und setzen sich für die juristische Aufarbeitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein, die in Syrien begangen wurden und immer noch stattfinden.

Die forumZFD-Themenwoche gab Einblicke in dieses vielfältige Engagement syrischer Menschen in Deutschland. Im Fokus stand die Frage, was die Zivilgesellschaft zu Frieden und Wiederaufbau in Syrien beitragen kann. In mehreren Online-Veranstaltungen diskutierten wir dieses Thema mit syrischen und deutschen Gästen aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Medien:

Am 13. November sprachen wir mit Hozan Ibrahim (IMPACT e.V.), Dr. Nora Jasmin Ragab (Maastricht University) und Dr. Esther Meinighaus (Bonn International Center for Conversion) über die Frage, wie sich syrische Menschen in Deutschland für Frieden engagieren.

→ Seite 3

Am 16. November diskutierten wir über Chancen und Hürden für Wiederaufbau und humanitäre Hilfe in Syrien. Zu Gast waren der Aktivist Samer al Hakim, Anna Fleischer (Heinrich-Böll-Stiftung Beirut) und Yassin Ied (Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V. / Freie Deutsch-Syrische Gesellschaft e.V.).

→ Seite 6

Am 17. November berichteten Qusay Amer (Bündnis 90/Die Grünen), Tarek Saad (SPD) und der Aktivist Tareq Alaows über ihre Erfahrungen mit politischem Engagement in Deutschland.

→ Seite 9

Am 18. November erörterten die Journalistin Wafa Mustafa, der Aktivist Amin al Magrebi und der Schriftsteller Kinan Kouja die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und Selbstorganisation der Diaspora.

→ Seite 12

Am 19. November ging es um die juristische Aufarbeitung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien. Zu Gast waren Fadwa Mahmoud (Families for Freedom), die Journalistin Luna Watfa und Antonia Klein (European Center for Constitutional and Human Rights).

→ Seite 15

Am 20. November brachte der Initiativen-Tag syrische und deutsche Teilnehmende miteinander ins Gespräch. In mehreren Workshops stellten syrische Initiativen und Aktivist*innen ihre Arbeit vor. Der Initiativen-Tag bildete den Abschluss der Themenwoche.

→ Seite 18

Schlussfolgerung: Deutsch-syrisches Engagement für Frieden und Menschenrechte stärken

→ Seite 21



Die Videos der öffentlichen Veranstaltungen finden Sie unter:

www.forumZFD.de/friedenfuersyrien



Impressum

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
Telefon: 0221 – 91 27 32-0
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Texte zu den Veranstaltungen vom 13.–19.11.:
Christina Heuschen und Rand Sabbagh
Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.) und Hannah Sanders
Grafik/Satz: Kommunikationsdesign Sonja Kleffner

Dezember 2020

Mit finanzieller Unterstützung durch das Programm Ziviler Friedensdienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

zfd Ziviler Friedensdienst

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Podiumsgäste

Hozan Ibrahim (Impact e.V.)

Dr. Esther Meininghaus (Bonn International Center for Conversion)

Dr. Nora Jasmin Ragab (Maastricht University)

Die syrische Diaspora: Eine starke Stimme für Frieden?

Von Demonstrationen über Hilfslieferungen bis hin zu Netzwerken und Dialogforen: Die syrische Zivilgesellschaft im Exil ist sehr aktiv. Seit 2011 ist die Zahl syrischer Vereine in Deutschland stark gestiegen. Doch es gibt auch Hürden für das Engagement für Frieden.

Ist die syrische Diaspora eine starke Stimme für Frieden? Diese Frage stand im Zentrum des ersten Online-Gesprächs im Rahmen der forumZFD-Themenwoche „Frieden für Syrien“. Zu Gast waren Hozan Ibrahim von Impact e.V., Dr. Esther Meininghaus vom Bonn International Center for Conversion (BICC) sowie Dr. Nora Jasmin Ragab, die an der Maastricht School of Governance zum Thema Migration und Entwicklung forscht. Zu Beginn erläuterte Ragab in einem einführenden Vortrag zunächst den historischen Kontext.

Vor Beginn des Konflikts in Syrien im Jahr 2011 gab es auch in Deutschland kaum eine unabhängige syrische Zivilgesellschaft, so die Wissenschaftlerin. Es existierten zwar einige deutsch-syrische Vereine, diese standen jedoch größtenteils dem Regime nahe und wurden von vielen Menschen als Instrument der Überwachung gesehen. Denn der Einfluss der Regierung in Damaskus reichte bis in die Diaspora hinein: So sei die politische oder zivilgesellschaftliche Selbstorganisation durch Drohanrufe oder Bedrohung von Familienangehörigen in Syrien unterdrückt worden. Generell habe eine Kultur der Angst und des Misstrauens geherrscht.

Ragab betrachtet daher die syrische Revolution, die 2011 ihren Anfang nahm, als ein transformatives Ereignis: Die Revolution habe einen Zuwachs an politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement in der Diaspora ausgelöst. Viele Menschen im Ausland hätten es als moralische und politische Verpflichtung empfunden, sich mit den Demonstrant*innen in Syrien solidarisch zu zeigen und sie in ihren Bestrebungen nach Veränderungen zu unterstützen.

„Die Revolution war ein transformatives Ereignis.“

Anzahl der Vereine stark gestiegen

Tatsächlich habe es einen raschen Anstieg der Anzahl syrischer Organisationen und Initiativen in Deutschland gegeben. Ragab hat unter anderem in Vereinsregistern recherchiert und festgestellt, dass seit Beginn der Revolution viele neue Vereine mit Bezug zu Syrien gegründet wurden. Von knapp 40 Vereinen im Jahr 2011 stieg die Zahl bis 2019 auf fast 160. Ein wichtiges Merkmal dieser neuen zivilgesellschaftlichen Landschaft sei ihre große Vielfalt, betonte Ragab: Manche Organisationen hätten sich professionalisiert und verfügten über stabile finanzielle und personelle Kapazitäten. Andere jedoch seien vor allem auf Mitgliedsbeiträge und Freiwilligenarbeit angewiesen.

Die Arbeitsfelder der Vereine hätten sich im Laufe der Zeit mehrmals verändert, erläuterte Ragab: So habe sich das zivile Engagement, nachdem der Konflikt eskaliert sei, zunächst vom politischen Aktivismus hin zur humanitären Hilfe entwickelt, um die akute Not in Syrien zu lindern. Als jedoch immer mehr Menschen aus Syrien nach Deutschland gekommen seien, habe dies zu einer Transnationalisierung und Repolitisierung der Zivilgesellschaft geführt, da viele der Neuankommenden bereits in Syrien und auch in Nachbarländern aktiv gewesen seien. Außerdem sei die Förderung der Integration in Deutschland als neuer Arbeitsschwerpunkt hinzugekommen.

„Insgesamt ist die syrische Zivilgesellschaft geprägt von Diversität und Heterogenität. Wir sprechen nicht von einer Diaspora – sondern von vielen Akteur*innen, die in der Diaspora aktiv sind“, sagte Ragab. Dr. Esther Meininghaus vom Bonn International Center for Conversion (BICC) bestätigte diese Einschätzung. Sie distanzierte sich sogar vom Begriff der Diaspora, weil dieser suggeriere, dass es sich bei den Syrer*innen in Deutschland um eine homogene Gemeinschaft handele. Die syrische Zivilgesellschaft sei aber sehr vielfältig. Beide Wissenschaftlerinnen waren sich einig, dass die wohl schärfste Trennlinie innerhalb der syrischen Zivilgesellschaft zwischen Anhänger*innen und Gegner*innen des syrischen Regimes verläuft. ▶

„Die syrische Zivilgesellschaft ist geprägt von Diversität und Heterogenität.“

Die syrische Diaspora: Eine starke Stimme für Frieden?

Frieden schaffen durch Dialogräume

Der dritte Podiumsgast, Hozan Ibrahim, gab Einblicke, wie die Vereinsarbeit in der Praxis aussehen kann: Die gemeinnützige Organisation Impact e.V. mit Sitz in Berlin, die Ibrahim 2013 mitgegründet hat, unterstützt die syrische Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa, aber auch in Syrien und benachbarten Ländern. Der Verein stärkt unter anderem durch professionelle Trainings die Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen und vernetzt die verschiedenen Akteur*innen miteinander. Zum Beispiel hat der Verein mehrere „Actor Mappings“ durchgeführt, bei dem eine große Anzahl zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in Syrien und in der Diaspora erfasst wurden. Diese Auflistung gibt einen Überblick darüber, welche Vereine in welchem Bereich aktiv sind, und schafft damit eine wichtige Grundlage für Vernetzung.

Allen zivilgesellschaftlichen Initiativen gemein sei ein Wunsch nach Einheit und Frieden, glaubt Ibrahim. Sie wünschten sich eine Schaffung von Räumen für Dialog und Reflexion sowie eine konstruktive Aushandlung des Konfliktes.

Es braucht mehr Förderung für friedenspolitisches Engagement

Dr. Esther Meininghaus hob hervor, dass zivilgesellschaftliches Engagement für Frieden vielfältige Formen annehmen kann: Von der Teilnahme an Demonstrationen über Mahnwachen bis hin zu Vereinen, die Dialogforen für Frieden schaffen. Gerade für Vereine, die explizit im Bereich Frieden arbeiten möchten, mangle es aber in Deutschland an staatlicher Unterstützung. „Für solche Vereinsgründungen gibt es momentan in meinen Augen keine ausreichende strukturelle und finanzielle Unterstützung“, kritisierte Meininghaus. Während Projekte in Bereichen wie Integration mit staatlichen Mitteln unterstützt würden, fehle eine entsprechende finanzielle Förderung für friedenspolitisches Engagement.

„Für Friedensengagement gibt es momentan keine ausreichende Finanzierung.“

sehr restriktives System“, kritisierte Dr. Nora Jasmin Ragab. So dürfen Syrer*innen in Deutschland nicht wählen, wenn sie keine deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft haben. Die Möglichkeit zur politischen Teilhabe und damit die Möglichkeit, sich für Frieden einzusetzen, seien daher eingeschränkt.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen stehen noch vor weiteren Hindernissen. „Deutschland hat, was politische Partizipation angeht, ein

Mit dem Pilotprojekt „MPs 2030“ setzt sich Impact e.V. dafür ein, die politische Teilhabe von Syrer*innen in Deutschland zu stärken. Der Projekttitel steht für „Members of Parliament (engl. für Abgeordnete) 2030“. Der Name ist Programm: Engagierte junge Menschen lernen in dem Projekt das politische und gesellschaftliche System in Deutschland kennen und werden darin bestärkt, den demokratischen Diskurs aktiv mitzugestalten. Die Vision ist, dass sich die jungen Menschen zu Führungspersönlichkeiten in Politik, Medien und Gesellschaft entwickeln und der Diaspora-Gemeinschaft eine Stimme geben können. Hozan Ibrahim erklärt: „Viele der Syrer*innen, die nach Deutschland gekommen sind, werden in einigen Jahren die Staatsbürgerschaft erhalten. Das ist eine große neue Wählergruppe, und diese Menschen brauchen nicht nur eine gute Integration, sondern auch politische Repräsentation.“

„Die Syrer*innen in Deutschland brauchen politische Repräsentation.“

Friedensinitiativen von unten stärken

Mit Blick auf die diplomatischen Bemühungen um Frieden für Syrien stellte Dr. Esther Meininghaus zudem fest, dass der Fokus bisher vor allem auf hochrangigen Gipfeltreffen liege. „Friedensinitiativen von unten, die organisch wachsen, müssten viel stärker einbezogen werden“, forderte die Wissenschaftlerin. Dies würde die Chancen auf eine dauerhafte Friedenslösung in Syrien erhöhen. Dass es bis jetzt kaum Fortschritte in den Verhandlungen gegeben habe, habe allerdings militärische Gründe. So zeige das Regime keine Kompromissbereitschaft und habe im besten Fall an den Verhandlungen teilgenommen. Solange sich dies nicht ändere, helfe auch eine gut organisierte Zivilgesellschaft nicht.

Vernetzung mit deutschen Organisationen notwendig

Es gebe bereits verschiedenste Netzwerke von Syrer*innen in Deutschland und weltweit, erklärten alle Gesprächspartner*innen. Dazu gehörten auch Netzwerke, die in Syrien entstanden seien und durch die Transnationalisierung der Diaspora internationaler wurden. „Die Fragmentierungen sind da. Aber das ist etwas Natürliches in der zivilgesellschaftlichen Landschaft. Ich finde, dass es da intern schon sehr starke Prozesse gibt, Dialoge und Netzwerke zu schaffen“, glaubt Dr. Nora Jasmin Ragab. Hozan Ibrahim ergänzte, dass es zwar mittlerweile weniger Netzwerke als früher gebe, diese aber viel strukturierter seien und häufig klare thematische Schwerpunkte hätten. Allerdings seien viele der neugegründeten Vereine, die erst in den letzten Jahren entstanden sind, in diese Netzwerke noch nicht eingebunden. Hier gebe es Nachholbedarf. ▶

Die syrische Diaspora: Eine starke Stimme für Frieden?

Mehr Kontakt wünscht sich Hozan Ibrahim außerdem zu deutschen Aktivist*innen und Organisationen: „Die Verbindung zwischen deutscher und syrischer Zivilgesellschaft ist nicht sehr eng. Wir bei Impact e.V. versuchen, die Kontakte zu verbessern. Das funktioniert aber nicht immer so, wie wir uns das wünschen“, sagte er. Um langfristige Partnerschaften aufzubauen, seien verstärkte Anstrengungen nötig.

Dr. Nora Jasmin Ragab fügte hinzu: „Ich glaube, dass es auf beiden Seiten einen Informationsmangel gibt. Ich kenne deutsche, lokale Akteur*innen, die sagen, sie würden mit syrischen Organisationen zusammenarbeiten, die aber gar nicht wissen, wer die Vereine sind oder, dass es so viele gibt. Da ist es auf beiden Seiten wichtig, dass man Informationen zur Verfügung stellt, wie viel Engagement es bereits gibt.“

Hoffnung hilft

Hozan Ibrahim glaubt nicht, dass Angst vor politischer Repression die größte Hürde für mehr zivilgesellschaftliches Engagement ist. Vielmehr sei es eine gewisse Resignation, die Menschen aufgeben lasse. „Die Müdigkeit kann man nicht vermeiden. Vor allem wenn man die Lage in Syrien tagtäglich vom Ausland aus mitverfolgt. Das ist nicht einfach. Was Hoffnung gibt, sind aber die kleinen Sachen: Wenn man zum Beispiel sieht, wie kleine Initiativen in Syrien erfolgreich Hilfe leisten. Die haben nicht aufgegeben, also können wir auch nicht aufgeben“, sagte er. Es komme immer irgendwoher doch wieder die Kraft, Zuversicht zu haben, bestätigte Dr. Esther Meininghaus.

„Die Müdigkeit kann man nicht vermeiden. Aber wir können nicht aufgeben.“

„Was mir Hoffnung gibt, dass es Frieden geben kann, ist, dass diese Zivilgesellschaft so vielfältig und über so viele Jahre aktiv ist – sowohl in Syrien als auch über die ganze Welt verstreut“, ergänzte Dr. Nora Jasmin Ragab. Und das trotz der Situation, die von Eskalation, Ausweglosigkeit und Gewalt geprägt sei. Ibrahim wies darauf hin, dass es seit 2011 viele Generationen von Aktivist*innen gegeben habe. Das zeige, wie viele Menschen sich für Frieden in Syrien einsetzen. Man müsse immer Hoffnung haben. ■

Podiumsgäste



Hozan Ibrahim
Impact e.V.



Dr. Esther Meininghaus
Bonn International Center
for Conversion



Dr. Nora Jasmin Ragab
Maastricht University



Die Aufzeichnung des
Online-Gesprächs vom 13.11.2020 finden
Sie hier:
<https://youtu.be/uUBQHRKZnpQ>



Podiumsgäste

Anna Fleischer (Heinrich-Böll-Stiftung Beirut)

Samer al Hakim (Aktivist)

Yassin Ied (Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V. / Freie Deutsch-Syrische Gesellschaft e.V.)

Wiederaufbau in Syrien: Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft?

Während der Krieg in Syrien noch andauert, wird in der internationalen Politik bereits über den Wiederaufbau diskutiert. Die humanitäre Hilfe ist zu einer politischen Kontroverse geworden. Trotzdem kann jede*r Einzelne einen Beitrag leisten, um die Not in Syrien zu lindern.

„Der Syrienkrieg ist eine der schlimmsten von Menschen gemachten Katastrophen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Zerstörung ist immens: Zwei Drittel der Krankenhäuser und ein Drittel der Wohngebäude wurden zerstört. 13 Millionen Menschen wurden vertrieben. Mehr als 80 Prozent der Syrer*innen leben unter der Armutsgrenze. Millionen darunter können sich kaum ernähren. Der Bedarf ist immens“, sagt der Aktivist Samer al Hakim.

„Der Syrienkrieg ist eine der schlimmsten Katastrophen seit dem Zweiten Weltkrieg.“

in Syrien auf bis zu 400 Milliarden US-Dollar. Die engsten Verbündeten des syrischen Regimes, insbesondere der Iran und Russland, wollen oder können diese Mittel nicht aufbringen. Sie fordern Europa und vor allem auch Deutschland auf, Geld für den Wiederaufbau zu geben. Die deutsche Bundesregierung möchte finanzielle Hilfen jedoch nur in Verbindung mit einem politischen Prozess gewähren, der zu freien Wahlen führt und den Schutz der Menschen vor Verfolgung sicherstellt. Teile der deutschen Gesellschaft, Politik und Friedensbewegung drängen aber auf unmittelbare Hilfe, um die akute Not zu lindern. Der Wiederaufbau in Syrien ist zu einer politischen Kontroverse geworden.

Laut den Vereinten Nationen und anderen Akteur*innen belaufen sich die möglichen Kosten für den Wiederaufbau

Aber wie kann der Wiederaufbau in Syrien gelingen? Welche Probleme gibt es? Und welche Rolle spielt dabei die Zivilgesellschaft? Darüber sprachen der Aktivist Samer al Hakim, Anna Fleischer von der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut und Yassin Ied vom Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V. bei der zweiten Podiumsdiskussion der forumZFD-Themenwoche „Frieden für Syrien“.

Politisierung der humanitären Hilfe

„Das Regime herrscht weiterhin mit geheimdienstlicher Unterdrückung, mit systematischen Massenvernichtungen von Zivilist*innen in Gefängnissen und Folterkern des Regimes und mit staatlicher Willkür. Das Land befindet sich nicht mehr in Privatbesitz des Assad-Clans. Jetzt gehört Syrien auch denen, die Assad zum Sieg verholfen haben. Dieses Spektrum betrachtet Syrien für sich als Beute, die sie jetzt unter sich aufteilen wollen“, sagte Samer al Hakim. Das bedeute, der Wiederaufbau sei kein rein technisches oder humanitäres Thema. Das syrische Regime und seine Verbündeten nutzten den Wiederaufbau als Teil einer Strategie, um die Führung in Damaskus international wieder salonfähig zu machen. Dabei solle vertuscht werden, dass Assad den Krieg nur mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit für sich entschieden habe.

„Wir wollen keine Diktatur aufbauen.“

Samer al Hakim findet den Diskurs um den Wiederaufbau Syriens daher absurd. „Man muss sich fragen, wie das syrische Regime mit diesen Hilfgeldern umgeht. Bekommen diejenigen, die die Hilfe am nötigsten brauchen, diese Hilfgelder? Die Antwort ist einfach: Nein“, kritisierte der Aktivist.

Anna Fleischer von der Heinrich-Böll-Stiftung glaubt, dass die humanitäre Hilfe politisiert werde. „In Gebieten, die als abtrünnig bezeichnet wurden, zum Beispiel Ost-Ghouta, sind Hilfsgüter nicht angekommen und wenn sie angekommen sind, dann wurden sie verkauft für das Vielfache ihres Preises. Das ist eine Taktik, die seit Jahren praktiziert wird. Loyalist*innen werden belohnt und Abtrünnige bestraft“, sagte sie. ▶

Wiederaufbau in Syrien

Verteilung von Hilfsgütern ist schwierig

Yassin Ied berichtete, wie humanitäre Hilfe für Syrien in der Praxis funktionieren kann. Die Freie Deutsch-Syrische Gesellschaft unterstützt seit rund zehn Jahren die notleidende Zivilbevölkerung in Syrien. Der Verein mit Sitz in Hamburg verteilt zum Beispiel Lebensmittel, medizinische Gerätschaften und Winterkleidung. Die Hilfsgüter werden über Organisationen und Kontakte vor Ort verteilt. „Aktuell ist es so, dass große Teile des Landes wieder unter der Kontrolle des Regimes stehen. Das erschwert die Unterstützung und Hilfe der Zivilbevölkerung vor Ort“, erzählte Ied.

Blick ins Nachbarland Libanon

Die Heinrich-Böll-Stiftung führt im Nachbarland Libanon unter anderem Projekte mit den vielen Menschen durch, die aus Syrien geflohen sind. Die Arbeit sei durch die aktuelle Wirtschaftskrise im Libanon schwieriger geworden, sagt Anna Fleischer, die in Beirut arbeitet: „Der Libanon befindet sich in einer Bankenkrise, in einer Finanzkrise. Es gibt eine Hyperinflation und seit Oktober letzten Jahres auch politische Proteste. Von daher ist der Libanon in einer multiplen Krise, was auch nach Syrien hineinwirkt.“

Dennoch gebe es eine sehr vielfältige zivilgesellschaftliche Landschaft im Libanon – auch viele Syrer*innen seien aktiv. Zwar sei humanitäre Hilfe vom Libanon aus schwierig zu leisten, da es anders als in der Türkei und im Irak keine offenen Grenzübergänge zu Syrien gebe. Aber die syrische Diaspora engagiere sich auf andere Weise. In einem Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung kommen beispielsweise syrische Städteplaner*innen, Architekt*innen und Designer*innen zusammen, um über mögliche Zukunftsszenarien für Syrien zu diskutieren. Fleischer glaubt, dass für den Wiederaufbau eine solche Vernetzung sehr wichtig ist, weil die Menschen einander kennenlernen müssten, um ein gemeinsames Narrativ zu entwickeln.

Wiederaufbau mit Bedingungen

Samer al Hakim nannte drei Punkte, die er für den Wiederaufbau wichtig hält: So müsse die zerstörte Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser wiederaufgebaut werden. Binnenvertriebene und Geflüchtete müssten in der Lage sein, sicher und unter gesicherten Eigentumsständen freiwillig in ihre Heimat zurückkehren zu können. Darüber hinaus sei eine friedliche, umfassende und nachhaltige politische Lösung unabdingbar.

Yassin Ied kritisierte, dass internationale Organisationen wie das World Food Programme und das Internationale Rote Kreuz bei ihrer Arbeit in den vom Regime kontrollierten Gebieten nach den Spielregeln des Regimes arbeiten müssten.

Laut Anna Fleischer besteht die Gefahr, dass die Diskussion um den Wiederaufbau darauf hinausläuft, dass nach Beendigung der Kriegshandlung eine neue Seite aufgeschlagen werde. Syrer*innen könnten aber keine neue Seite aufschlagen, solange ihre Verwandten noch immer in Gefängnissen säßen oder verschwunden seien. „Denn was soll das für ein Land sein, in dem vielleicht Stein auf Stein gesetzt wurde, aber das soziale Geflecht komplett zerrissen ist und wo es kein Vertrauen gibt?“, fragte sie.

Es gehe darum, dass internationale Organisationen, die in den vom Regime kontrollierten Gebieten aktiv sind, die tatsächliche Umsetzung von Reformen einforderten. Die Transparenz müsse erhöht werden. Und die internationalen Organisationen müssten die Situation vermehrt überwachen, damit sichergestellt werde, dass keine Vetternwirtschaft stattfindet. „Und sie müssen ganz klar die Diaspora unterstützen, die nämlich Kontakte haben zu diesen informellen Netzwerken, damit sie auch die Forderungen und Bedarfe aus Syrien heraus melden können. Immer mit dem Wissen, dass das keine sichere Arbeit ist. Sondern dass das auch für Menschen eine Gefahr darstellen kann, und das müssen wir uns immer wieder bewusst machen. Auch in Deutschland“, forderte Anna Fleischer.

Samer al Hakim kritisiert daher die jetzige Debatte: Wenn über Syrien geredet würde, gehe es fast nur um deutsche Innenpolitik und keine Außenpolitik. „Es wird nicht diskutiert, wie man für den Frieden in Syrien arbeiten kann. Was kann man machen, um die Situation zu verbessern?“, erklärte er. Wenn es Diskussionen zu Syrien gebe, dann zum Thema Abschiebungen oder Flucht. „Man denkt nur: Wie kann man die Geflüchteten an ihrer Reise nach Europa hindern? Man denkt nicht darüber nach, wie wir die Situation besser machen können, damit keiner mehr aus seiner Heimat fliehen muss.“

Hilfe aus Deutschland gefordert

Auch Yassin Ied und sein Verband fordern einen größeren Einsatz Deutschlands: „Wir wünschen uns, dass Deutschland sein politisches Gewicht in die Waagschale wirft, um die Forderungen nach demokratischen Reformen durchzusetzen.“ Doch nicht nur die Bundesregierung müsse sich engagieren, sagte Samer al Hakim. „Wir als Zivilgesellschaft in Deutschland haben eine große Verantwortung, bekannt zu machen, wie dieses Regime diesen Krieg gemacht hat und welche Menschenrechtsverletzungen noch bis heute laufen“, unterstrich er.

„Was soll das für ein Land sein, in dem vielleicht Stein auf Stein gesetzt wurde, aber das soziale Geflecht komplett zerrissen ist?“

„Deutschland sollte sein politisches Gewicht in die Waagschale werfen, um demokratische Reformen durchzusetzen.“

Wiederaufbau in Syrien

„Ich glaube, es ist wichtig, dass die Leute wieder anfangen, über Syrien zu sprechen, und dass sie verstehen, dass es mehr ist als eine ‚Flüchtlingskrise‘. Schon dieses Wort ‚Flüchtlingskrise‘ tut mir immer sehr weh, weil es suggeriert, dass diese Menschen ein Problem seien. Es ist wichtig, zu verstehen, warum die Menschen geflohen sind. Und es ist wichtig, sich darüber zu informieren, was in Syrien passiert, und weiter Nachfragen zu stellen“, ergänzte Anna Fleischer.

Jede Person könne auf ihre Weise aktiv werden, sagte Yassin Ied – egal ob mit ehrenamtlichem Engagement oder durch Spenden. Wichtig sei auch, die Arbeit der verschiedenen Hilfsvereine besser bekannt zu machen. Als Privatperson könne man zum Beispiel Geld sammeln, um Aktionen der Hilfsvereine zu unterstützen. „Wenn man sich engagieren will, ist es immer möglich.“ ■

„Wenn man sich engagieren will, ist es immer möglich.“



Die Aufzeichnung des Online-Gesprächs vom 16.11.2020 finden Sie hier:
<https://youtu.be/d9N3mR-LM2A>



Podiumsgäste



© privat

Anna Fleischer

Heinrich-Böll-Stiftung Beirut



© privat

Samer al Hakim

Aktivist



Yassin Ied

Verband Deutsch-Syrischer
Hilfsvereine e.V.
Freie Deutsch-Syrische Gesellschaft e.V.

Podiumsgäste

Tareq Alaows (Aktivist)

Qusay Amer (Sprecher der LAG Migration und Flucht, Bündnis 90/Die Grünen Berlin)

Tarek Saad (Landesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt der SPD Schleswig-Holstein)

Von Parteipolitik bis Protest: Erfahrungen syrischer Aktivist*innen in Deutschland

Sie waren bereits in Syrien politisch aktiv, heute engagieren sich Tareq Alaows, Qusay Amer und Tarek Saad auch in Deutschland. Im Rahmen der forumZFD-Themenwoche „Frieden für Syrien“ erzählten sie von ihren Erfahrungen.

„Viele waren wie ich das erste Mal in einem kleinen Zimmer, wo sie selbst entscheiden konnten, wen sie wählen möchten. Das war eine super Erfahrung, obwohl es symbolisch war“, sagt Qusay Amer über die erste Berührung in seinem Leben mit echter Demokratie und dem Wahlsystem in Deutschland. 2017 hatte der junge Syrer gemeinsam mit anderen Aktivist*innen anlässlich der Bundestagswahl eine symbolische Stimmabgabe für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin organisiert. Auf der Veranstaltung lernte Amer eine Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen kennen, die ihn mit „Bunt-Grün“, einem innerparteilichen Netzwerk von People of Color (nicht-weißen Menschen), in Kontakt brachte. Es folgte ein Praktikum im Berliner Abgeordnetenhaus. Mittlerweile ist er in die Partei eingetreten und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Migration und Flucht“ der Grünen in Berlin.

Tareq Alaows und Tarek Saad geht es ähnlich. Während der Aktivist Tareq Alaows sich unter anderem mit der Bewegung „Seebrücke e.V.“ für die Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung und sichere Fluchtwege einsetzt, engagiert sich Tarek Saad als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ der SPD Schleswig-Holstein. Alle drei waren bereits in Syrien politisch aktiv – genauso wie viele andere, die nach Deutschland geflohen sind. Viele der Geflüchteten sind politisiert und wollen sich auch in Deutschland sowohl in der Parteipolitik als auch in der Zivilgesellschaft einbringen. Doch die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe sind begrenzt. Im Rahmen der forumZFD-Themenwoche „Frieden für Syrien“ sprachen Tareq Alaows, Qusay Amer und Tarek Saad darüber, welche Erfahrungen sie gemacht haben, was sie motiviert und wie politisches Engagement gestärkt werden kann.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit

Tarek Saad erzählte, dass er sich nach seiner Ankunft in Deutschland eigentlich nicht politisch engagieren wollte, nachdem ihm dieses Engagement in Syrien fast das Leben gekostet hatte. Aber durch Gespräche mit der Bürgermeisterin in seinem Ankunftsort in Schleswig-Holstein war sein Interesse an der SPD schnell geweckt. Heute sagt er: „Willy Brandt war auch ein Flüchtling.“ Auf seine erste politische Kundgebung – eine Demonstration gegen Pegida in Kiel – ging er dennoch mit gemischten Gefühlen. Zu oft hatte er in Syrien erlebt, wie Menschen bei Demonstrationen durch staatliche Gewalt getötet worden waren. In Kiel blieb alles friedlich. „Das war eine ziemlich neue Erfahrung für mich. Ich konnte sagen, was ich wollte, da war diese Freiheit. Und die Polizei war da, um uns zu schützen, und nicht, um uns umzubringen. Das waren ziemliche Glücksgefühle.“

„Willy Brandt war auch ein Flüchtling.“

Trotz aller Gefahren, die mit politischem Aktivismus in Syrien verbunden waren, blickt Qusay Amer auch mit Dankbarkeit auf diese Zeit zurück. Denn dass er sich überhaupt politisch engagiere und dass er zu der Person geworden sei, die er heute ist, habe er der Revolution zu verdanken. „Die Zeit zwischen 2011 und 2013, in der die Revolution noch friedlich war und wir geglaubt haben, dass wir etwas schaffen können – diese Zeit hat uns gezeigt, wie man diskutiert, wie man redet, wie man überhaupt Ideen vorschlägt und trotz unterschiedlicher Meinungen einen Kompromiss findet. Vor der Revolution hatten wir keine Ahnung von politischer Diskussionskultur. Das haben wir uns dann selbst beigebracht.“

„Vor der Revolution hatten wir keine Ahnung von politischer Diskussionskultur.“

Die Revolution in Syrien sei insofern eine Art selbstorganisierte politische Bildung gewesen, so Qusay Amer. Dennoch sei vieles reine Theorie geblieben, da es nur wenig Möglichkeit gegeben habe, die Ideen in die Praxis umzusetzen. In Deutschland habe er daher lernen müssen, ▶

Von Parteipolitik bis Protest

wie Demokratie funktioniere. Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, politische Parteien – all diese Dinge seien keine Selbstverständlichkeit für jemanden, der nicht in einem demokratischen Land aufgewachsen sei. Und manchmal sei es natürlich auch mühselig, Kompromisse zu schließen und Fortschritte zu erreichen.

Tareq Alaows bestätigte dies. Bei einem Protestcamp in Bochum habe er diese Erfahrung gemacht. 17 Tage und Nächte lang hatte er gemeinsam mit anderen Menschen gegen die Lebensumstände in den Unterkünften der Geflüchteten protestiert. Zunächst habe es wenige Reaktionen von offizieller Seite gegeben. Die Verwaltung habe zunächst gezögert, das Gespräch mit den Demonstrant*innen zu suchen. Als aber deutlich geworden sei, dass das Protestcamp konkrete Lösungsvorschläge entwickelt hatte, seien sie ins Gespräch gekommen. Letztendlich seien fünf konkrete Forderungen und Lösungsvorschläge, wie beispielsweise zur Zuständigkeit für die Angelegenheiten der Geflüchteten, dabei herausgekommen.

„Es wurde viel über uns gesprochen, aber es wurde nicht mit uns gesprochen.“

Die Protestierenden wollten nicht hinnehmen, dass über sie entschieden wurde, ohne dass sie sich an der Lösungsfindung beteiligen konnten, betonte Tareq Alaows. Dass sie sich

selbst als Teil der Lösung eingebracht und engagiert hätten, habe zudem einen ganz anderen Eindruck auf die Zivilgesellschaft gemacht. „Vorher wurde viel über uns gesprochen, aber es wurde nicht mit uns gesprochen. Deswegen laden wir uns jetzt selbst zu jeder Diskussion ein, in der es um uns geht“, sagte er.

Forderung nach Wahlrecht

Tarek Saad warf ein, dass nicht alle Neuangekommenen sich so schnell engagieren könnten. „Es hängt klar von der politischen Bildung ab. Und man darf nicht vergessen, dass Menschen, die mit einem Bleiberecht in Deutschland sind, nicht einmal auf kommunaler Ebene wählen dürfen“, sagte er. Die Möglichkeit

zur Stimmabgabe würde aus seiner Sicht die Motivation zur politischen Beteiligung stärken. Daher plädierte er für ein kommunales Wahlrecht.

„Wir brauchen ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene.“

Qusay Amer forderte ebenfalls das Wahlrecht, würde dies aber nicht auf die kommunale Ebene begrenzen. Jede Person solle mitentscheiden dürfen, wer regiere, welche Politik gemacht werde und wie die Zukunft aussehe, einfach weil die Person ein Teil der Gesellschaft sei.

Aber auch ohne Wahlrecht oder die Mitgliedschaft in einer Partei könnten sich Geflüchtete bereits engagieren, ergänzte Tareq Alaows. „Politische Arbeit bedeutet nicht unbedingt parteiliche Arbeit. Hier ist die große Rolle der Zivilgesellschaft“, warf der Aktivist ein. Wenn sich die Politik nicht einigen könne, sollten Menschen sich in der Zivilgesellschaft engagieren und Forderungen stellen. Durch zivilgesellschaftlichen Druck könne eine Menge erreicht werden. Es ginge aber auch um Gespräche, Zusammenarbeit und Hinweise an politische Entscheidungsträger*innen.

Angst vor Engagement

Dass manche Menschen Angst vor einem politischen Engagement haben, wenn es um Syrien geht, kann Qusay Amer verstehen. „Meine Familie ist auch komplett in Syrien. Aber das ist eine Entscheidung, die man treffen muss“, sagte er. Wenn nur ein Familienmitglied politisch aktiv sei, könne dies Auswirkungen auf die gesamte Familie haben. Er selbst stehe dennoch zu seiner Arbeit. Darüber hinaus gebe es Möglichkeiten sich zu engagieren, ohne in den Medien aufzutreten. So forderte er alle auf, die Kampagne #SyriaNotSafe (syria-not-safe.org) zu unterstützen, damit der Abschiebestopp nach Syrien verlängert werde.

Tarek Saad erzählte in diesem Zusammenhang, dass er lange überlegt habe, ob er mit seiner persönlichen Geschichte an die Öffentlichkeit gehe. Am Ende sei die Dokumentation „First Line“ über seine Fluchtgeschichte entstanden. Sein Ziel sei es gewesen, zu zeigen, dass ein Zusammenleben und Integration möglich seien.

Tareq Alaows hat auch schon schlechte Erfahrungen damit gemacht, öffentlich Position zu beziehen. 2017 hatte er in sozialen Medien den Aufenthalt mehrerer AfD-Politiker in Syrien scharf kritisiert. Nachdem daraufhin sein Bruder bedroht wurde, entschied Alaows sich, künftig vorsichtiger mit öffentlichen Äußerungen zu sein. „Es gibt auch Möglichkeiten, sich aus dem Hintergrund heraus zu engagieren. Ich versuche zum Beispiel meine Netzwerke zu nutzen, um etwas für Syrien zu machen. Es ist unsere Verantwortung hier in einer demokratischen Gesellschaft, das zu fordern, was bestimmte Leute nicht fordern können, weil sie Angst haben, weil sie in vom Regime besetzten Gebieten leben“, sagte er.

Keine Kompromisse bei Menschenrechten

Auch die deutsche und europäische Asylpolitik war ein Thema bei der Online-Diskussion. Dazu sagte Tareq Alaows: „Als die Gesellschaft angefangen hat, zu diskutieren, ob Leute im Mittelmeer gerettet werden sollen, hat sich bei mir direkt die Frage gestellt: Was wäre, wenn ich eine dieser Personen wäre? Was ist meine Verantwortung als jemand, der den Weg nach Europa geschafft hat?“

Von Parteipolitik bis Protest

Nach dem Besuch eines Flüchtlingslagers auf einer griechischen Insel, in dem rund 4.000 Menschen leben, obwohl dies nur für

1.000 Menschen ausgelegt ist, habe er sich an seine Einsätze mit dem Roten Halbmond in Syrien erinnert. Auch dort habe es wie im Lager nicht genügend Zelte gegeben. „Wir haben uns

„Wie steht Europa zu dem Massengrab im Mittelmeer?“

geschämt. Ich frage mich, wie Europa wirklich zu diesen Lagern steht. Wie steht Europa zu dem Massengrab im Mittelmeer? Wie steht Europa zu den Folterlagern in Nordafrika? Nur weil ein paar europäische Politiker*innen der Meinung sind, dass es einen Pullfaktor gibt. Das ist Bullshit. Die Leute fliehen nicht aus Lust und Laune, sondern weil ihr Leben in Gefahr ist“, sagte Alaows. Der Aktivist forderte, die zivile Seenotrettung dürfe nicht länger kriminalisiert werden. Stattdessen müssten die europäischen Staaten Verantwortung übernehmen, Seenotrettungen durchführen, Lager auflösen und die kommunale Aufnahme von Geflüchteten ermöglichen.

„Wenn es um Freiheit und Menschenrechte geht, da kommen Kompromisse für mich nicht infrage. Da hört es auf“, sagte Qusay Amer. Wenn das miteinander verhandelt werde, stehe man vor einem großen Problem. Der sogenannte Flüchtlingsdeal der EU mit der Türkei sei der Horror und absolut menschenverachtend. Auch Tarek Saad übte Kritik an der aktuellen Politik der Bundesregierung:

„Wenn es um das Thema Migration und Integration geht, gibt es viele Sachen, die gegen meine Grundüberzeugungen verstoßen.“

„Bei Freiheit und Menschenrechten gibt es für mich keine Kompromisse.“

Für die Zukunft wünschen sich die drei, dass die Flüchtlingslager aufgelöst werden. Tareq Alaows forderte weiterhin eine humanere Asyl- und Migrationspolitik. Menschenrechte dürften nicht nur auf dem Papier existieren. Qusay Amer hält deshalb auch eine verstärkte Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund und People of Color für relevant. Frauen sollten in dem Zusammenhang bestärkt werden, sich zu engagieren. Tarek Saad glaubt, dass dies mit einem Integrationsministerium und der Stärkung der politischen Bildung möglich werden könne. ■

Podiumsgäste



© Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.

Tareq Alaows

Aktivist



© privat

Qusay Amer

Sprecher der LAG Migration und Flucht, Bündnis 90/Die Grünen Berlin



© privat

Tarek Saad

Landesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt der SPD Schleswig-Holstein



Die Aufzeichnung des Online-Gesprächs vom 17.11.2020 finden Sie hier:
<https://youtu.be/pRbhUedDDVE>



Podiumsgäste

Wafa Mustafa (Journalistin)

Amin al Magrebi (Aktivist)

Kinan Kouja (Schriftsteller)

Syrer*innen in Deutschland: Wie kann politische Teilhabe gelingen?

Etwa 790.000 Menschen sind seit 2011 aus Syrien nach Deutschland geflohen. In ihrer neuen Heimat müssen sie nicht nur die Herausforderungen des Alltags meistern, sondern stellen sich auch die Frage, wie sie am politischen Leben teilhaben können. Darüber diskutierten drei syrische Aktivist*innen im Rahmen der forumZFD-Themenwoche. Die Veranstaltung fand auf Arabisch statt.

Fünf Jahre nach der Ankunft einer großen Zahl von Syrer*innen in Deutschland, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind und ihr Recht auf Asyl und Schutz in Anspruch genommen haben, sind die Neuangekommenen ein Teil der deutschen Gesellschaft geworden. Viele von ihnen arbeiten mittlerweile hier oder besuchen Universitäten und Schulen. Je mehr die Interaktionen zwischen ihnen und der deutschen Gesellschaft fortschreiten, desto mehr stellt sich die Frage, wie eine aktive Teilhabe am politischen Leben gelingen kann.

Im Rahmen der forumZFD-Themenwoche „Frieden für Syrien“ sprachen die Journalistin und Aktivistin Wafa Mustafa, der Schriftsteller Kinan Kouja und der Aktivist Amin Al Magrebi über die Dynamik politischer Entscheidungen in Deutschland und ihre Auswirkungen auf das Leben syrischer Geflüchteter und Migrant*innen. Eine zentrale Frage lautete: Welche Perspektiven gibt es für eine aktive Teilhabe syrischer Menschen am politischen Leben in Deutschland? Moderiert wurde das Gespräch von Wadiaa Ferzly von der Online-Plattform Al-Jumhuriya.

Wir leben in diesem Land. Und alles, was unserer Zukunft und der unseres Volkes in Syrien hilft, funktioniert nur, wenn wir integriert sind.

Kinan Kouja

Basis einer politischen Teilhabe

Um überhaupt Teil des politischen Lebens zu sein, sei es enorm wichtig, dass man das politische Leben, die Parteien Deutschlands und die verschiedenen politischen Institutionen verstehe, sagte Kinan Kouja. Daher solle die politische Integration nicht auf Integrationskurse reduziert werden, die häufig ohnehin nur als Pflicht betrachtet würden, forderte er. Außerdem müsse unterschieden werden zwischen denjenigen, die eine Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht erworben haben, und jenen, die dies noch nicht erhalten haben. Für Letztere sei es zumindest möglich mit Aktivist*innen zu kommunizieren. Jede Person solle aber die Parteien kennen, die zu Themen arbeiten, welche Geflüchtete und Syrien betreffen.

Wafa Mustafa argumentierte, dass der Weg zur politischen Teilhabe für jede Person ein Prozess des Herausfindens und persönlichen Verstehens sei. Die Journalistin engagiert sich selbst in zivilgesellschaftlichen Organisationen wie „Adopt A Revolution“ und „Families for Freedom“. Politische Teilhabe sei sehr subjektiv und mit der persönlichen Erfahrung verbunden, sagte Mustafa. Grundsätzlich gebe es zwei Möglichkeiten, sich einzubringen: einerseits in politischen Parteien und andererseits in der Zivilgesellschaft.

Aktive Teilhabe am politischen Leben

Aber wie kann politische Teilhabe konkret aussehen? Und was sind die Ziele der Syrer*innen? Für die syrische Community gebe es zwei Prioritäten in Deutschland, sagte Amin Al Magrebi. „Die Aktivitäten konzentrieren sich auf zwei Punkte: Der erste dreht sich um die Revolution in Syrien und was geschehen ist beziehungsweise noch geschieht. Der zweite bezieht sich auf das Leben in Deutschland – egal ob Integration, Kampagnen gegen Abschiebungen oder Kampagnen, die die Identität bewahren sollen, was in den kulturellen Bereich fällt“, sagte Magrebi. Der Student der Medienwissenschaften an der Humboldt-Universität engagiert sich selbst bei der Organisation „Adopt A Revolution“ und in der Kampagne „Syria is not safe“, die sich für eine Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien einsetzt. Magrebi ist außerdem Mitglied des Integrationsbeirates in Berlin-Pankow. ▶

Wie kann politische Teilhabe gelingen?

„Wir müssen auf der politischen Landkarte Deutschlands präsent sein.“

Der Schriftsteller Kinan Kouja betonte, dass er aktiv am politischen Leben in Deutschland teilhaben möchte. „Wir leben in diesem Land. Und alles, was unserer Zukunft und der unseres Volkes in Syrien hilft, funktioniert nur, wenn wir integriert sind. Alles, was wir machen, ist Bestandteil der deutschen Syrienpolitik. Aber wir müssen auf der politischen Landkarte Deutschlands präsent sein, indem wir zum Beispiel Parteimitglieder werden“, sagte er.

Amin Al Magrebi erzählte daraufhin von seinen Erfahrungen. Vor zwei Jahren sei er das erste Mal als Mitglied bei einem Treffen des Integrationsrates in Pankow in Berlin gewesen, erzählte er. „Es gab einen Unterschied zwischen der Realität und dem, was ich mir vorgestellt hatte. Der Rat war bunt, divers und nicht auf bestimmte Gruppen von Einwander*innen beschränkt. Daher lag unser Fokus auf allgemeinen Fragen wie Mehrsprachigkeit an Schulen oder Empfehlungen, um bürokratische Vorgänge für Migrant*innen oder Menschen ohne deutschen Pass zu erleichtern.“

Von anderen Migrant*innen lernen

Doch damit Syrer*innen ein Teil der Öffentlichkeit werden, bedürfe es einiger Dinge, warf Wafa Mustafa ein. So sei das Erlernen der Sprache besonders wichtig. Eine Reihe psychologischer Gründe, aber auch Lebensumstände, Ausweispapiere oder der Flüchtlingsstatus spielten eine Rolle, ebenso wie das Interesse der deutschen Parteienlandschaft an Syrer*innen und ihren verschiedenen Angelegenheiten und Prioritäten. Die politische Repräsentation von Syrer*innen leide aber unter einer Reduzierung auf bestimmte Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Gefangene oder Geflüchtete, die diese vermeintlich repräsentierten.

„Die Aktivitäten der syrischen Community konzentrieren sich auf zwei Punkte: die Revolution in Syrien und das Leben in Deutschland.“

Migrant*innen-Communities profitieren könne. Dies betreffe insbesondere den Integrationsprozess. Als Beispiel nannte Kinan Kouja eine mediale Umfrage unter Mitgliedern der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland aus dem Jahr 2017. Darin seien die Fragen suggestiv gestellt worden und in der Folge sei die muslimische Gemeinschaft extremistisch erschienen.

Die Diskutant*innen stellten sich auch die Frage, ob es innerhalb der syrischen Community einen stärkeren Diskurs brauche, um das politische Engagement zu stärken. Alle waren überzeugt, dass man von den Erfahrungen anderer

Wafa Mustafa glaubt jedoch, dass ein einheitlicher Diskurs nicht möglich ist. „Ich habe aus vielen Enttäuschungen gelernt, wie schwierig es ist, den Diskurs zu vereinheitlichen und neue Leute zu erreichen.“ Sie fügte hinzu: „Vielleicht gibt es einfach keine gemeinsamen Interessen. Vielmehr bringen multiple Interessen verschiedene Gruppen zusammen und überschneiden sich in manchen Punkten. Der Diskurs kann auf diesen Überschneidungen basieren.“

„Es ist schwierig, den Diskurs zu vereinheitlichen.“

In diesem Zusammenhang vermutete Amin Al Magrebi, dass eine syrisch-deutsche Identität entstehen könne – ähnlich wie andere Identitäten von Deutsch-Türken oder Deutsch-Russen. Dies sei jedoch ein Prozess und zeige sich vermutlich erst in der zweiten oder dritten Generation.

Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Arbeit ergänzen sich

Auch eine Diskussion, die seit zehn Jahren unter den Syrer*innen sehr präsent ist, wurde aufgegriffen: Wie hängen zivilgesellschaftliche und politische Arbeit zusammen? Und was sind Unterschiede zwischen beiden Bereichen? Wafa Mustafa glaubt, dass „das Persönliche politisch ist; die aktivistische Arbeit und die zivilgesellschaftliche Arbeit können nicht von der politischen getrennt werden. Alle Anstrengungen, die wir als Individuen unternehmen, sind Teil politischen Handelns.“ Ihre eigene Arbeit stuft sie nicht als zivilgesellschaftliche Arbeit ein, sondern als einen politischen Akt, der ihre politische Arbeit ergänze.

Deutsche und syrische Zivilgesellschaft vernetzen

In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage, ob sich die syrischen Themen mit denen der deutschen Gesellschaft überschneiden. Amin Al Magrebi glaubt, dass Synergien möglich sind. Dies würde Syrer*innen ermutigen, Deutschland kennenzulernen. Er ist sogar der Meinung, dass es sehr wichtig sei, da es weltweit eine Tendenz zu autoritären Systemen gebe. Gleichzeitig würden immer mehr Staaten Menschenrechte ignorieren. Menschen, die Teil einer Revolution waren, deren wichtigstes Ziel die menschliche Würde war, müssten sich diesem Trend zu autoritären Systemen entgegenstellen. Dies sei eine große Aufgabe, könne jedoch den Umgang mit der deutschen Gesellschaft vereinfachen und die Syrer*innen bestärken. ▶

Das Persönliche ist politisch.

Wafa Mustafa

Wie kann politische Teilhabe gelingen?

Kinan Kouja forderte sogar, dass ein gemeinsames Wertesystem gemeinsam mit der deutschen Gesellschaft und anderen Communities in Deutschland wie Migrant*innen und Geflüchteten entwickelt werden müsse. Denn auch die deutsche Gesellschaft sei in sich gespalten, betonte er. Ein gemeinsamer Ansatz gegen Rassismus könne alle auch mit denen zusammenbringen, die dagegen sind. So sah Kouja auch die politische Teilhabe an der Gestaltung von Schutz- und Präventionskonzepten gegen Extremismus als unvermeidlich, aber schwer umsetzbar an, da Extremismus ein Problem sei, das über die deutschen Grenzen hinaus auch in Europa vorhanden sei. Er ist überzeugt, dass es viele Wege gibt, Syrer*innen und Deutsche zu vereinen. Humanitäre Werte seien die Basis, auf die aufgebaut werden könne.

Die Diskussion über die politische Teilhabe von Syrer*innen in Deutschland geht weiter und die Dialoge werden nicht an einem bestimmten Punkt enden, resümierten die drei Aktivist*innen. Genau hier liege die Bedeutung öffentlicher Diskussionen. Sie ebneten verschiedene Wege und Mechanismen für Syrer*innen und ihre Meinungen. ■



Die Aufzeichnung des
Online-Gesprächs vom 18.11.2020 finden
Sie hier:
<https://youtu.be/fksl9JCY3ig>



Podiumsgäste



© privat

Wafa Mustafa

Journalistin



© privat

Amin al Magrebi

Aktivist



© privat

Kinan Kouja

Schriftsteller

Podiumsgäste

Fadwa Mahmoud (Families for Freedom)

Luna Watfa (Journalistin)

Antonia Klein (European Center for Constitutional and Human Rights)

Der lange Weg zur Gerechtigkeit

Seit April 2020 stehen in Koblenz zum ersten Mal mutmaßliche Angehörige des syrischen Regimes wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht. Es ist das weltweit erste Verfahren dieser Art. Ein erster Schritt auf dem langen Weg zur Gerechtigkeit.

Gerade noch hatte Fadwa Mahmoud mit ihrem Sohn gesprochen. Zu Hause bereitete sie das Mittagessen zu und wartete auf ihn und ihren Mann. Doch auf einmal waren beide verschwunden. Spurlos. Lebenszeichen gab es nicht. Und sie sollten niemals auftauchen. Denn 2012 wurden Fadwa Mahmouds Mann und Sohn verhaftet. Bis heute weiß sie nicht, wo die beiden sind und wie es ihnen geht. 2017 gründete sie schließlich mit fünf anderen Frauen „Families for Freedom“ (Familien für Freiheit). Heute unterstützen mehr als 100 Frauen die Bewegung. „Wir glauben daran, dass die Arbeit von allen gemeinsam stärker ist als die Arbeit einzelner“, sagt Fadwa Mahmoud über das Kollektiv. Gemeinsam fordern sie, dass sie Auskünfte über den

Verbleib ihrer Angehörigen erhalten. Sie fordern politische Akteur*innen weltweit auf, sich für ihre Forderungen einzusetzen und die Täter*innen zu bestrafen. „Wir als Angehörige fordern, dass das gesamte Regi-

me bestraft wird. Denn nicht nur eine Person ist schuldig, das gesamte Regime ist schuld“, sagt Fadwa Mahmoud.

Seit April 2020 stehen nun in Koblenz zwei Angehörige des syrischen Regimes vor einem deutschen Gericht. Es ist der erste Prozess überhaupt, der die Taten des Regimes als Verbrechen gegen die Menschlichkeit behandelt. Fadwa Mahmoud misst ihm daher eine große Bedeutung zu. Es sei ein erster Schritt auf dem Weg zur Gerechtigkeit. Davon sind auch Antonia Klein vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und die Journalistin Luna Watfa überzeugt. Alle drei verfolgen den Prozess in Koblenz genau.

Angeklagt sind dort Anwar R. und Eyad A. Beide sollen als Mitarbeiter des allgemeinen syrischen Geheimdienstes in der Umgebung von Damaskus in der Abteilung 251, auch Al-Khatib-Abteilung genannt, tätig gewesen sein. Dem Hauptangeklagten Anwar R. wird vorgeworfen, dass unter seiner Leitung gefoltert wurde. So soll er für Folter an mindestens 4000 Menschen verantwortlich gewesen sein. Mindestens 58 Fälle seien Morde oder Tötungen. „Ihm wird auch sexualisierte Gewalt vorgeworfen – bisher nur als Einzelfälle sexuelle Nötigung und Vergewaltigung. Unserer Meinung nach sollte es aber auch als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhandelt werden, weil es systematischen Charakter hat“, sagte Antonia Klein. Der zweite Angeklagte Eyad A. ist wegen Beihilfe zur Folter als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt.

Weltrechtsprinzip ermöglicht Prozess

Aber warum findet der Prozess in Deutschland statt? Die Täter*innen und Opfer sind syrische Staatsangehörige, die mutmaßlichen Verbrechen fanden dort statt. Dennoch ist eine juristische Aufarbeitung im Ausland möglich, erklärte Antonia Klein: „Hier geht es um Taten, die das Regime selbst begangen haben soll, und Assad leugnet, dass Folter durch syrische Geheimdienstmitarbeitende begangen worden ist.“ Eigentlich gebe es für solche Fälle den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Dieser sei jedoch nur zuständig, wenn der Staat, um den es gehe, Mitglied im sogenannten Rom-Statut sei, welches den internationalen Strafgerichtshof konstituiert. Das Problem: Nur rund 120 Staaten haben dieses Statut ratifiziert. Sehr wichtige Staaten haben dies nicht getan. Darunter sind die USA und Russland, aber auch der Iran und Syrien. Auch eine Überweisung durch den UN-Sicherheitsrat an den Internationalen Strafgerichtshof ist nicht möglich, weil Russland und China dies durch ihr Veto verhindern. ▶

„Wir als Angehörige fordern, dass das gesamte Regime bestraft wird.“

Der lange Weg zur Gerechtigkeit

Dass der Prozess dennoch möglich ist, liegt am sogenannten Weltrechtsprinzip. Antonia Klein erläutert: „Man geht davon aus, dass bei besonders schweren Straftaten die gesamte internationale Staatengemeinschaft betroffen ist. Deswegen können dritte Staaten selbst dann tätig werden, wenn keine unmittelbare Verbindung zu den Taten besteht, die begangen worden sind.“ Damit ein deutscher Staatsanwalt ermitteln könne, bedürfe es zudem noch einer Umsetzung ins deutsche Recht. Dies sei mit dem Völkerstrafgesetzbuch geschehen, das 2002 in Kraft getreten ist und die Regeln des Rom-Statuts für den Internationalen Strafgerichtshof mehr oder weniger ins deutsche Recht übertragen habe. „Das ist wichtig, weil nicht in jedem Staat das Weltrechtsprinzip ins nationale Recht umgesetzt worden ist. Deswegen können de facto nicht alle Staatsanwälte in allen möglichen Staaten tätig werden“, erklärte Antonia Klein.

Prozess bringt Grausamkeit ans Licht

Von der Folter mit Elektrokabeln und Stöcken über Vergewaltigungen bis hin zu desaströsen hygienischen Bedingungen und einer fehlenden medizinischen Versorgung: Im Prozess werden Zustände wie diese bis ins Detail beschrieben. „Auch wenn wir viel durchlebt haben, war dies dennoch schockierend. Es bleibt die Tatsache, dass das Ausmaß der Verbrechen, die dort stattfinden, selbst für uns als Syrer*innen manchmal unvorstellbar ist“, sagte Luna Watfa über die Schilderungen.

„Das Ausmaß der Verbrechen ist selbst für uns Syrer*innen manchmal unvorstellbar.“

Eine Aussage sieht Antonia Klein als besonders wichtig an. So berichtete ein Zeuge, ihm sei befohlen worden, Leichen von den Militärkrankenhäusern zu Massengräbern zu bringen. „Er konnte deswegen sehr

detailliert beschreiben, wie viele Leichen, nämlich Hunderte in der Woche, transportiert worden sind und wie der Zustand der Leichen war. Er hat ganz ausdrücklich Folterspuren gesehen und diese auch beschreiben können. Das waren sehr grausame Einzelheiten, die da berichtet worden sind. Aber gleichzeitig ist durch diese Aussage das Ausmaß dieser Verbrechen sehr, sehr deutlich“, sagte sie.

Fadwa Mahmoud ist den Zeug*innen dankbar, dass sie vor Gericht aussagen. Denn es sei für eine Person, die gefoltert oder misshandelt wurde, nicht einfach, vor ihrem Peiniger auszusagen. Das bringe alle Erinnerungen zurück. Dennoch reiche dieser Prozess nicht aus. Die Anklage von Anwar R. und Eyad A. sei nur ein Schritt auf dem richtigen Weg zur Gerechtigkeit.

Den Prozess dokumentieren

„Auch wenn wir nicht sehen können, dass das den syrischen Konflikt auch nur im Geringsten aufarbeitet, ist es trotzdem so, dass schon einmal ein Bruchteil des Konfliktes hier vor Gericht verhandelt und auch dokumentiert wird. Zum ersten Mal überhaupt wird öffentlich so intensiv über diese ganzen Verbrechen gesprochen. Und zwar in einem öffentlichen Forum, in einem Gericht“, sagte Antonia Klein.

Luna Watfa fügte hinzu, dass solche Prozesse zu syrischen Kriegsverbrechen notwendig seien, um ein neues Syrien aufzubauen.

„Zum ersten Mal überhaupt wird öffentlich so intensiv über diese ganzen Verbrechen gesprochen.“

Ihre Rolle sieht sie daher vor allem in der Dokumentation des Prozesses. Deshalb begleitet die Journalistin jeden Verhandlungstag. Als ehemalige politische Gefangene der Abteilung 251 wisse sie aus eigener Erfahrung, wovon Überlebende als Zeug*innen oder Nebenkläger*innen sprechen. Dennoch bemühe sie sich in ihrer Berichterstattung um Unparteilichkeit, wenn es darum gehe, den Syrer*innen zu vermitteln, was in diesem Prozess passiere. „Weil ich diese Erfahrungen gemacht habe, weiß ich sehr gut, wie wichtig es ist, dass andere wissen, was hier passiert. Weil sie nicht an den Anhörungen teilnehmen können und weil sie so wie ich nach Gerechtigkeit streben“, erklärte sie.

„Wir sehen unsere Rolle jetzt vor allem darin, die Rechte der Betroffenen zu stärken. Wir sehen und wollen auch immer wieder deutlich machen, dass es hier um ein Verfahren geht, in dem primär Syrer*innen betroffen sind. Das bedeutet, dass wir zu jeder Zeit Syrer*innen einbinden müssen, wenn es um das Verfahren und die Arbeit darum geht“, sagte Antonia Klein über die Arbeit des ECCHR.

Sprachprobleme als Hindernis

Doch es gibt Schwierigkeiten. So erzählte Fadwa Mahmoud: „Ich habe den Prozess 15 bis 20 Minuten verfolgt, dann aber verlassen, weil ich nichts verstanden habe. Alles war auf Deutsch.“ Antonia Klein kritisierte ebenfalls, dass die Öffentlichkeit, die im Saal sitze, keinen Zugang zu einer arabischen Übersetzung habe. Nach einer Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht solle nun akkreditierten Journalist*innen Zugang gewährt werden. Doch den Akkreditierungsprozess hätten die meisten arabischsprachigen Journalist*innen verpasst, weil anfangs nicht klar gewesen sei, ob es eine Übersetzung gebe. Ein weiteres Defizit sehe sie darin, dass der gesamte Akkreditierungsprozess auf Deutsch gewesen sei. ▶

Der lange Weg zur Gerechtigkeit

„Ich bin die einzige syrische Journalistin, die bei jeder Gerichtssitzung dabei ist.“

Watfa bestätigte das Sprachproblem. „Ich bin die einzige syrische Journalistin, die bei jeder Gerichtssitzung dabei ist. Ich sage nicht, dass ich um eine Ausnahme bitte. Aber

das Gericht hätte flexibler sein können.“ Sie verstehe, dass der Prozess in Deutschland stattfindet, glaubt aber, dass das Gericht die Tatsache nicht verstehe, dass die wichtigste Bedeutung in diesem Prozess die Syrer*innen selbst haben und dass viele von ihnen tatsächlich den Prozess verfolgen wollen.

Forderung nach mehr Engagement

„Ich hoffe, dass es weitere Prozesse geben wird. Ich bin der Meinung, dass jeder Kriegsverbrecher in Syrien bestraft werden muss. Ich würde mich freuen, wenn jeder bestraft wird. Wie alle Angehörigen wünsche ich mir auch die Freilassung aller Inhaftierten“, sagte Fadwa Mahmoud. Es schmerze sie, dass Anwar R. ein ordentliches Verfahren in Deutschland bekomme, während Inhaftierte in Syrien keinen fairen Prozess erhielten, sondern gefoltert oder exekutiert worden seien. Daher forderte sie alle auf, sich zu engagieren. So solle sich unter anderem Deutschland für die Aufarbeitung der Verbrechen und die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzen. Es gelte etwa, Russland im UN-Sicherheitsrat unter Druck zu setzen.

„Ich wünsche mir die Freilassung aller Inhaftierten.“

Auch Luna Fatwa fordert ein größeres Engagement. Sie bittet daher alle, zumindest die Informationen aus dem Prozess zu teilen, damit mehr Menschen Bescheid wissen. Da nicht mehr so viele syrische Geflüchtete kämen, seien der Krieg in Syrien und die Verbrechen des Regimes aus der öffentlichen Diskussion verschwunden, glaubt Antonia Klein. Es seien aber weiterhin Menschen verschwunden. Man müsse daher am Thema bleiben, darüber diskutieren, durch Kunstaktionen darauf aufmerksam machen und den Diskurs aufrechterhalten, damit es zu einer Veränderung der Situation in Syrien kommen könne. ■



Die Aufzeichnung des Online-Gesprächs vom 19.11.2020 finden Sie hier:
<https://youtu.be/IAuwDzvHBKQ>



Podiumsgäste



Fadwa Mahmoud

Families for Freedom



Luna Watfa

Journalistin



Antonia Klein

European Center for Constitutional and Human Rights

Initiativen-Tag Frieden für Syrien: Was kann ich, was können wir tun?

Zum Abschluss der Themenwoche stand die Frage im Fokus, wie friedenspolitisches und humanitäres Engagement für Syrien konkret aussehen kann. In vier Workshops lernten die Teilnehmenden syrische Initiativen in Deutschland kennen und tauschten sich darüber aus, was das Wort „Frieden“ für sie bedeutet.

Der Initiativen-Tag bildete den Abschluss der forumZFD-Themenwoche „Frieden für Syrien“. Während bei den Podiumsdiskussionen vom 13. bis 19. November jeweils zwischen 60 und 90 Zuschauer*innen einschalteten und mitdiskutierten, lag der Fokus beim Initiativen-Tag auf dem intensiven Austausch in einer kleineren Gruppe. Einen Nachmittag lang tauschten die rund 25 Teilnehmenden ihre Erfahrungen aus und diskutierten Ideen, wie friedenspolitisches und humanitäres Engagement für Syrien aussehen kann. In der Gruppe waren unterschiedliche Generationen und Nationalitäten vertreten. Moderiert wurde die Veranstaltung von einem deutsch-syrischen Team: Dr. Angelika Maser und Nour Alhalabi.

Nour Alhalabi machte zu Beginn der Veranstaltung deutlich, dass das Wort „Frieden“ viele Bedeutungen haben kann – ist die bloße Abwesenheit von Krieg bereits „Frieden“ oder braucht es dafür mehr, zum Beispiel Demokratie, Meinungsfreiheit, Gerechtigkeit und Toleranz? Alhalabi betonte, dass die Debatte um Frieden politisch aufgeladen sei: Der eigene Friedensbegriff sei häufig eng mit den persönlichen Erfahrungen verknüpft. Gerade in einer diversen Gruppe mit Menschen unterschiedlicher Herkunft könne es daher unterschiedliche Vorstellungen von Frieden geben. Dies war verbunden mit einem Appell an die Teilnehmenden, anderen Meinungen innerhalb der Gruppe respektvoll zu begegnen. In den anschließenden Gesprächen in Kleingruppen wurde dann auch deutlich, dass es vielfältige Haltungen und Ideen zum Thema „Frieden für Syrien“ gibt. Nour Alhalabi berichtete außerdem, dass viele der syrischen Initiativen in Deutschland ihren Arbeitsschwerpunkt eher auf soziales und humanitäres Engagement legten statt auf politische Arbeit.

Vier Initiativen, die von Syrer*innen gegründet wurden oder mit syrischen Menschen in Deutschland arbeiten, stellten im Laufe des Initiativen-Tages ihre Arbeit vor:



1

Blog „Still There“

Samer Al Najjar

Im Sommer des Jahres 2014 musste Samer Al Najjar gemeinsam mit seiner Familie seinen Geburtsort Homs verlassen. Heute lebt er im nordrhein-westfälischen Velbert. Bereits vor seiner Flucht begann der damals 18-Jährige, seine Erlebnisse zu verdichten und in Form von Kurzgeschichten niederzulegen. Nach seiner Ankunft in Deutschland veröffentlichte er sein erstes Buch.

In dem Blog „Still There“ (auf Deutsch: „Immer noch da“) berichten Samer Al Najjar und weitere Aktivist*innen über die Lage in Syrien – aber auch von ihren eigenen Erfahrungen, dem Ankommen in Deutschland, von ihren Erinnerungen und Ängsten und ihren Hoffnungen für die Zukunft. Über dieses Projekt berichtete der Aktivist beim Initiativen-Tag. Ziel des Blogs sei es, möglichst viele Menschen über die Situation in Syrien zu informieren und den Stimmen junger Syrer*innen Gehör zu verschaffen, erklärte Al Najjar. Das Wort Frieden bedeute für ihn viel mehr als die Abwesenheit von Krieg. Zu einem echten Frieden zählen für ihn auch Werte wie Meinungsfreiheit und Vielfalt. „Es ist das größte Glück meines Lebens, dass ich mich hier in Deutschland frei äußern kann.“

Gefragt, ob er nach fast zehn Jahren Krieg in Syrien noch Hoffnung auf Frieden habe, sagte Al Najjar: „Ich habe die Hoffnung nicht verloren. Irgendetwas wird sich ändern, irgendwann. Und diese kleinen Veränderungen können zu einer großen Veränderung führen, wie bei einem Schmetterlingseffekt. Ich bin mir sicher, dass auch die Menschen im Zweiten Weltkrieg noch Hoffnung hatten.“ ■

2

Netzwerk Hohenahr – Hilfe für Geflüchtete

Patricia Pollei-Bardelle und
Hassan Haj Abdullah Othman

Patricia Pollei-Bardelle und Hassan Haj Abdullah Othman stellten beim Initiativen-Tag die Geschichte und Arbeit des Netzwerks Hohenahr vor. Das Netzwerk ist eine rein ehrenamtliche, informelle Initiative in einer ländlichen Gemeinde in Mittelhessen. Der Ausgangspunkt war die Einrichtung einer Unterkunft für Geflüchtete in Hohenahr im Jahr 2013. Daraufhin bildete sich eine Gruppe ehrenamtlicher Helfer*innen, darunter viele Menschen, die sich bereits in anderen Vereinen und Gruppen ehrenamtlich engagierten. Diese enge Vernetzung zu anderen Vereinen, aber auch zu den Kirchengemeinden, zum Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung waren sehr wichtig für das Engagement. Inzwischen engagieren sich auch Menschen, die als Geflüchtete nach Hohenahr gekommen sind, in dem Netzwerk, wie zum Beispiel Hassan Haj.

Die Ehrenamtlichen unterstützen die Ankommenden nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe bei Behördengängen und anderen Alltagsfragen. Darüber hinaus organisieren sie ein Begegnungscafé, bei dem zum Teil Expert*innen zum Beispiel über das deutsche Schulsystem, Demokratie und andere Themen informieren. Die Begleitung bei der Suche nach Arbeit und Ausbildung, ein Kleiderkarussell, ein Nachhilfe-Projekt, der Sprachtreff und Ausflüge in die Region ergänzen das Angebot. In den Jahren 2015/16, als besonders viele Menschen in Deutschland ankamen und das Thema hohe Aufmerksamkeit hatte, engagierten sich bis zu 70 Ehrenamtliche im Netzwerk Hohenahr. Heute sind es 10 bis 20 Aktive. ■

3

Projekt „Mut-Macherinnen“ von DaMigra e.V.

Aliaa Almustafa

Aliaa Almustafa berichtete beim Initiativen-Tag über das Projekt „Mut-Macherinnen“. Dieses möchte geflüchteten und neuzugezogenen Frauen das Ankommen in Deutschland erleichtern und ihnen mehr aktive Teilhabemöglichkeiten verschaffen. Es unterstützt mutige Frauen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen und als „Macherinnen“ aktiv in ihrer neuen Heimat leben, lernen und arbeiten wollen. Das Projekt stärkt das ehrenamtliche Engagement von Migrantinnen und klärt über Themen wie Gleichberechtigung der Geschlechter sowie Frauen- und Menschenrechte auf. Ein wichtiges Ziel ist außerdem, gesellschaftlichen Ressentiments gegenüber Geflüchteten entgegenzuwirken und mehr Austauschmöglichkeiten mit der Aufnahmegesellschaft zu schaffen.

Träger des Projekts ist der Dachverband der Migrantinnenorganisationen DaMigra e.V., der seit 2014 bundesweit tätig ist. Der Verband ist parteipolitisch, weltanschaulich sowie konfessionell unabhängig. DaMigra versteht sich als Sprachrohr und Repräsentantin von 71 Migrantinnen*organisationen und setzt sich bundesweit für ihre Interessen in Politik, Öffentlichkeit, Medien und Wirtschaft ein. ■

4

Deutsch-Syrischer Verein (DSV)

Isabella Bronkalla

Der Deutsch-Syrische Verein zur Förderung der Freiheiten und Menschenrechte e.V. wurde 2011 gegründet. Isabella Bronkalla stellte den Verein beim Initiativen-Tag vor. Der DSV entstand aus dem Willen heraus, die Menschen in Syrien in ihrem Einsatz für Freiheit und Demokratie zu unterstützen. Seit seiner Gründung leistet der DSV humanitäre Nothilfe in Syrien und Entwicklungshilfe für syrische Geflüchtete und Vertriebene in den Nachbarländern wie der Türkei, Jordanien und im Libanon.

Der Verein mit Sitz in Darmstadt ist aber auch in Deutschland aktiv: Der DSV organisiert zum Beispiel Sprachkurse und Fortbildungen für Geflüchtete. Ziel sei ein einvernehmliches und friedliches Zusammenleben von Neuankömmlingen und Alteingesessenen, erklärte Isabella Bronkalla. Frieden bedeute für sie unter anderem, dass Menschen sicher vor Gewalt sind, ihre Menschenrechte gewahrt werden und sie in Ruhe und Eintracht miteinander leben können.

Der DSV habe in seiner Arbeit die Erfahrung gemacht, dass humanitäre Projekte auch zu Konflikten führen oder sie verstärken können, so Bronkalla. In der Türkei bildet der DSV zum Beispiel syrische Ärzte in psychosozialer Gesundheit weiter. Von türkischer Seite wurde Kritik laut, warum sie nicht an diesen Weiterbildungen teilhaben können. Der DSV baute daraufhin ein Dolmetschersystem auf und lässt nun auch türkische Ärzte zur Weiterbildung zu. Den Initiativen-Tag will Isabella Bronkalla zum Anlass nehmen, um verstärkt darüber nachzudenken, wie der DSV durch seine humanitären Projekte zu Frieden beitragen kann. ■

Deutsch-syrisches Engagement für Frieden und Menschenrechte stärken

An dieser Stelle haben wir einige der zentralen Vorschläge und Empfehlungen an Politik und Zivilgesellschaft zusammengestellt, die die Gesprächspartner*innen im Verlauf der Themenwoche „Frieden für Syrien“ benannt haben.

Die syrische Zivilgesellschaft in Deutschland braucht mehr Unterstützung bei ihrem Engagement für Frieden.

Für Vereine, die explizit im Bereich Frieden für Syrien arbeiten möchten, gibt es keine geeigneten staatlichen Förderprogramme, während Projekte in Bereichen wie Integration mit staatlichen Mitteln unterstützt werden.

Syrer*innen sollten auch in Deutschland mehr Gelegenheiten erhalten, sich über Wege zu Reformen und die politische Zukunft Syriens verständigen zu können. Dazu sollte deutsche Politik Räume für innersyrische Debatten fördern und politisches Engagement von Syrer*innen in der Diaspora auch finanziell unterstützen.

Die syrische Diaspora ist gut miteinander vernetzt, doch der Austausch zwischen der deutschen und der syrischen Zivilgesellschaft muss gestärkt werden.

Die politische Teilhabe und Mitbestimmung der rund 800.000 Syrer*innen in Deutschland sollte gestärkt werden.

Es braucht mehr Angebote für demokratische, politische Bildung jenseits der üblichen, staatlichen Integrationsangebote und damit verbunden echte Teilhabemöglichkeiten für Geflüchtete und Migrant*innen in Deutschland. Das würde ihre Integration fördern und ihnen mehr Möglichkeiten geben, Beiträge zum Frieden zu leisten.

Ein Fortschritt wäre die Einführung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene für Menschen mit Bleiberecht oder Duldung, wie es auch für EU-Bürger*innen gilt.

Die politischen Parteien sollten Mitwirkung und Mitbestimmung von hier lebenden Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft gezielt stärken und sie aktiv zur Mitgliedschaft einladen.

Hilfe zum Wiederaufbau muss konfliktensibel sein und sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren – nicht an der deutschen Innenpolitik.

Hilfe muss die Auswirkungen auf die Konflikte im Land berücksichtigen. Neben der Instandsetzung von Infrastruktur und wirtschaftlichem Leben ist der gesellschaftliche Wiederaufbau genauso wichtig.

Deutschland und andere Länder sollten ihre Hilfe für Syrien nicht aus innenpolitischen Motiven betreiben, sondern die Förderung von Frieden für Syrien in den Mittelpunkt stellen. Niedrigschwellige Hilfsprojekte durch die Zivilgesellschaft sollten stärker unterstützt werden.

Der geltende Abschiebestopp nach Syrien muss verlängert werden. Solange in Syrien Krieg herrscht und ein diktatorisches Regime an der Macht ist, darf es keine Abschiebungen nach Syrien geben.

Die juristische Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien muss weiter vorangetrieben werden.

Der laufende Prozess am Oberlandesgericht Koblenz ist ein wichtiger erster Schritt zur juristischen Aufarbeitung, auf den weitere folgen müssen. Die juristische Aufarbeitung leistet einen wichtigen Beitrag zur Wahrheitsfindung und zur Dokumentation der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien.

Darüber darf nicht vergessen werden, dass der Krieg noch nicht beendet ist und Menschenrechtsverbrechen in Syrien weitergehen. Politik und Zivilgesellschaft müssen sich weiter für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen, Angehörige müssen Informationen zum Schicksal ihrer inhaftierten Familienmitglieder erhalten.



forumZFD

Entschieden für Frieden

forumZFD

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

GLS Gemeinschaftsbank
Spendenkonto: DE90 4306 0967 4103 7264 00
Bank für Sozialwirtschaft (BFS)
Spendenkonto: DE37 3702 0500 0008 2401 01